Erscheint täglich früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition Johannesgasse 8.

Sprechstunden der Redaction: Vormittags 10—12 Uhr. Nachmittags 5—6 Uhr.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme: Otto Klemm, Universitätsstraße 1. Louis Lösche, Katharinenstr. 23, p. nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,350.

Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 50 Mk. mit Postbeförderung 60 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf. Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 84. Donnerstag den 25. März 1886. 80. Jahrgang.

Bestellungen auf das zweite Quartal 1886 des

Leipziger Tageblattes

(Auflage 19,350)

wolle man möglichst bald an die unterzeichnete Expedition, Johannesgasse Nr. 8, gelangen lassen. Außerdem werden von sämmtlichen hiesigen **Zeitungsspediteuren** Bestellungen auf das Tageblatt angenommen und von denselben für eigene Rechnung ausgeführt. Auswärtige Abonnenten müssen sich an das ihnen zunächst gelegene Postamt wenden.

Der Abonnementspreis beträgt
pro Quartal 4 Mark 50 Pfennige,
inclusive Bringerlohn 5 Mark,
durch die Post bezogen 6 Mark.

Für eine Extrabeilage sind **ohne** Postbeförderung **50 Mark, mit** Postbeförderung **60 Mark** Beilegegebühren unter Vorausbezahlung zu vergüten.

Preis der Insertionsgebühren für die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfennige; für Reclamen aus Petitschrift unter dem Redactionsstrich die 4gespaltene Zeile 50 Pfennige, vor den **Familiennachrichten** die 6gespaltene Zeile 40 Pfennige. Größere Schriften werden, gering abweichend von dieser Norm, nach unserm Preisverzeichniß, tabellarischer und Ziffer-Satz dagegen nach höherem Tarif berechnet. Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

NB. **Inserate** müssen an die **Expedition** (nicht Redaction) adressirt werden.

Das Tageblatt wird früh 6½ Uhr ausgegeben und enthält die bis zum vorhergehenden Abend eingelaufenen **politischen und Börsen-Nachrichten** in telegraphischen Original-Depeschen. Es giebt ein anschauliches Bild von allem Wissenswerthen auf den verschiedenen Gebieten des öffentlichen Lebens und behandelt die **Tagesfragen der inneren und äußeren Politik** in populären Artikeln mit größter Ausführlichkeit. Das Tageblatt berichtet über die localen und sächsischen Angelegenheiten in eingehender Weise und referirt über Theater, Musik, Literatur, Kunst und Wissenschaft. Die **Verhandlungen des Reichstages** und des **sächsischen Landtages** erscheinen bereits am Morgen nach der Sitzung in ausführlichen Originalberichten.

Mit seiner „**Volkswirthschaftlichen Beilage**" bildet es zugleich das größte **Handels- und Börsenblatt** Sachsens. Es bringt namentlich auch sämmtliche wichtige **deutsche und überseeische Handelsberichte.** Außerdem erscheinen im Leipziger Tageblatt die vollständigen **Gewinnlisten** aller Classen der **Königlich Sächsischen Landes-Lotterie** und die Nummer-Verzeichnisse der ausgeloosten **Königlich Sächsischen Staatsschuldscheine.**

Leipzig, im März 1886.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Freitag, den 26. März,
Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Der Vorbereitungsgottesdienst für den ersten diesjährigen **Bußtag** findet **Donnerstag, den 25. laufenden Monats, Abends 6 Uhr,** in der **Nicolaikirche** statt.

Leipzig, den 15. März 1886.

Die Kircheninspection für Leipzig.
Der Superintendent. Der Rath der Stadt Leipzig.
J. V.: Hölscher, D. Dr. Georgi. Kretschmer

Bekanntmachung.

Die von uns durch Bekanntmachung vom 2. Februar d. J. für den 8. d. M. angekündigt gewesenen, wegen der damals eingetretenen Kälte aber bis jetzt beanstandeten **Arbeiten in der Petersstraße sollen nunmehr Montag, den 29. d. M., in Angriff genommen werden.**

Leipzig, den 24. März 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Heßler. Krumbiegel.

Bekanntmachung.

Von dem unterzeichneten Armen-Amte sollen im Stadthause (Eingang Mühlgasse)

Montag, den 29. März a. c.,
Vormittags von 9 Uhr an,

eine Partie getragene Kleidungsstücke, Möbel, Haus- und Küchengeräthe, Betten und dergl. mehr meistbietend versteigert werden.

Leipzig, den 24. März 1886.

Das Armen-Amt.
Ludwig-Wolf. Jungbähnel.

Bekanntmachung.

In Folge Zurücknahme des Antrages auf Zwangsversteigerung der dem Gastwirth Wilhelm Hentzsch zu Probstheida gehörigen, im Grundbuche von Probstheida, Band 1, Blatt 22 eingetragenen Grundstücke ist der auf den 27. dies. Mts. angesetzte Verkaufstermin aufgehoben.

Donnitzsch, den 20. März 1886.

Königliches Amtsgericht.

Oeffentliche Handelslehranstalt.

Die Anmeldung von **Handlungslehrlingen, welche kommende** Ostern in die Früh- oder Nachmittagscurse der **Lehrlingsabtheilung** eintreten sollen, erbittet sich der Unterzeichnete in der Zeit

vom 30. März bis mit 2. April, Vormittags von 10—12 Uhr,

womöglich unter persönlicher Vorstellung der Anzumeldenden durch ihre Herren Principale.

Während der gedachten Zeit werden auch Anmeldungen für den **einjährigen fachwissenschaftlichen Cursus** entgegengenommen, an welchem sich Handlungslehrlinge betheiligen können, die im Besitze des Zeugnisses für die wissenschaftliche Befähigung zum Einjährig-Freiwilligendienste sind. Unterricht 10 Stunden wöchentlich. Schulgeld 10 ℳ

Leipzig, im März 1886. **Carl Wolfrum,** Director.

Nichtamtlicher Theil.

Die Lage in Oesterreich.

Das Ministerium Taaffe hat am Montag moralisch abgedankt. Der Finanzminister v. Dunajewski sagte am Schluß seiner von der Rechten beifällig aufgenommenen Rede, daß die Gesammtregierung nach sorgfältiger Erwägung der Grundlagen und der Stellung des Ministeriums, ohne Rücksicht auf die Schwierigkeiten, welche man demselben bereite, mit gleicher Ausdauer wie bisher die Geschäfte fortführen werde. Erklärend fügte der Minister hinzu, daß selbst beim Rücktritt des Ministeriums die Minorität nicht ans Ruder gelangen könnte. Diese Bemerkung gewährt einen tiefen Einblick in die außerordentliche Verlegenheit des Ministeriums. Die von ihm selbst mit allem Fleiß geschaffene Lage hat Zustände herbeigeführt, deren Unhaltbarkeit in die Augen springt. Das Programm des Ministeriums Taaffe war die Versöhnung der verschiedenen Nationalitäten und die Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt, der Erfolg seiner Bemühungen aber ist die Todfeindschaft zwischen Slawen und Deutschen und das chronische stets wachsende Deficit im Staatshaushalt. Die Finanzkunst des Herrn v. Dunajewski hat diesen Sachverhalt zwar stets zu verschleiern gewußt, aber die Thatsachen haben ihr Recht beansprucht, und die klaren Darlegungen der Vertreter der Opposition haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Finanzlage Oesterreichs heute bei Weitem schlechter ist als unter dem Ministerium Auersperg. Die Rechnung des Ministeriums Taaffe war falsch, und daß sie falsch war, ist ihm bereits vollständig zum Bewußtsein gekommen, aber unter welcher Form soll jetzt der Rückzug angetreten werden? Das ist die große, schwer zu beantwortende Frage.

Das nächstliegende Auskunftsmittel, um aus dem Dilemma herauszukommen, hat Graf Taaffe schon ergriffen, indem er den Scharschmid'schen Antrag als eine mögliche Grundlage zur Klärung der Verhältnisse und Verständigung bezeichnete. Bei den Ausschußverhandlungen über diesen Antrag muß es sich zeigen, ob Graf Taaffe entschlossen ist, den durch die Erfahrung ihm aufgenöthigten Systemwechsel selbst zu vollziehen, oder durch seinen Rücktritt einzugestehen, daß er irrte, als er die Versöhnung der slawischen Nationalitäten mit der deutschen zur Richtschnur wählte. Scharschmid nannte es eine Forderung der gesunden Vernunft, daß der Unterricht in der deutschen Sprache Zwangsunterrichtsgegenstand in allen Schulen Oesterreichs sei, und der Abgeordnete v. Pacher schloß seine Rede gegen das Dunajewski'sche Budget mit der Klage darüber, daß man zu derselben Zeit der Kaiserin Maria Theresia, der Schöpferin der österreichischen Reichseinheit, ein Denkmal in Wien setze, da man von Amts wegen auf den Zerfall Oesterreichs hinarbeite. Die Antwort auf beide schwer wiegenden Behauptungen ist in der durch den Finanzminister v. Dunajewski verlesenen Erklärung des Gesammtministeriums enthalten. Sie wollen ausharren, obwohl sie sich über die Schwierigkeit der gestellten Aufgabe keiner Täuschung hingeben.

Es ist das immerhin ein Fortschritt in der Erkenntniß der Sachlage, denn bisher lauteten die Kundgebungen von der Ministerbank weit siegesgewisser, heute merkt man ihnen an, daß die Vertreter der Regierung selbst die Hoffnung aufgegeben haben, ihr Ziel zu erreichen; sie sehen ein, daß es mit der Versöhnung nichts ist, daß entweder die Slawen Oberwasser bekommen oder die Deutschen, und daß im ersteren Falle die Einheit der Armee nicht aufrecht zu erhalten ist. Diese Erkenntniß ist spät gekommen, und es ist ein Schade wieder gut zu machen, der nun schon das siebente Jahr seine verderblichen Wirkungen zu Tage fördert hat, aber das Ministerium ist doch wenigstens zur Einsicht gelangt, daß es so, wie es bisher gegangen ist, nicht weiter gehen kann, und diese Einsicht ist werthvoll. Wer gegen den Strom schwimmen will, muß seine Kräfte genau kennen und genau berechnen können, ob sie ausreichen werden, um schließlich mit Hilfe des richtigen Fahrwassers ans Ziel zu gelangen.

Aus verschiedenen Anzeichen ist zu entnehmen, daß Graf Taaffe in sich das Zeug zu einem zweiten Bismarck fühlte, er war von der Richtigkeit seiner Versöhnungspolitik so durchdrungen, daß er den Sieg dieses Systems über alle Hindernisse für ausgemacht ansah. Er glaubte auch dann noch an seinen Stern, als die verderblichen Wirkungen seiner Politik überall zu Tage traten; ihm blieb es verborgen, daß unter der Decentralisation, welche den Schwerpunct aus Wien in die Provinzialhauptstädte, nach Prag, Lemberg, Innsbruck verlegte, die Reichshauptstadt in ihrer Entwickelung zurückging, daß die wirthschaftlichen Verhältnisse sich verschlechterten statt fortzuschreiten. Der Nationalitätenhader schadet der Wohlfahrt des Gesammtstaates, der religiöse, der gesellschaftliche Friede wurde gestört und die ganze Staatsverwaltung gerieth ins Stocken. Glücklicher Weise wurde das falsche Exempel des Ministeriums Taaffe nicht durch einen Krieg auf die Probe gestellt, die Zuckungen, welche in Böhmen, Mähren und in den übrigen Ländern mit gemischter Bevölkerung eintraten, blieben in ihren Wirkungen auf den Herd beschränkt, dem sie entstammten, aber die Ergebnisse in der Rechtspflege und Verwaltung, auf dem Unterrichtsgebiete und im Heere waren der Art, daß man es nicht begreift, wie trotzdem auf dem falschen Wege immer weiter vorgedrungen werden konnte; man hätte denken sollen, daß Graf Taaffe es hätte endlich genug sein lassen sollen des grausamen Spiels.

Es ist eine alte, sich stets erneuernde Erfahrung, daß die Wirkungen einer falschen Politik immer erst dann erkannt werden, wenn sie sich in der Form ungünstiger wirthschaftlicher Ergebnisse zu erkennen geben. In diesem Falle befindet sich jetzt das Ministerium Taaffe. Der Nationalitätenhader wäre von ihm allenfalls ertragen worden als ein unvermeidliches Uebergangsstadium aus dem centralistischen in den föderalistischen Zustand, aber da der finanzielle Rückgang damit Hand in Hand geht, so bereitet sich allmälig eine Lage vor, welche auch bei der ministeriellen Mehrheit Spuren zurücklassen muß. Die Slawen sind im Geldpuncte nicht minder empfindlich wie die Deutschen, wenn die materiellen Interessen unter der Versöhnungspolitik leiden, dann legen sich die Slawen doch die Frage vor, ob es nicht besser sei, zu einer Politik zurückzukehren, die bessere wirthschaftliche Ergebnisse aufzuweisen hatte.

Der letzte Grund der Taaffe'schen Politik war die Besorgniß vor der Anziehungskraft, welche das deutsche Reich auf Deutschösterreich ausübe, die slawische Politik sollte diese magnetische Kraft paralysiren und Oesterreich statt des bisherigen deutschen Mittelpunctes einen slawischen geben. Dieser Gedanke, in der Theorie sehr schön, erwies sich in der Praxis als gänzlich verfehlt; denn statt die Deutschösterreicher enger mit dem österreichischen Gesammtstaate zu verbinden, wurden sie vielmehr gerade durch die slawische Politik zu Vergleichungen mit Dem herausgefordert, was ihnen fehlt. Die Deutschösterreicher haben die harte Probe auf ihren österreichischen Patriotismus, welche ihnen die Taaffe'sche Politik zugemuthet hat, siegreich bestanden, sie haben gezeigt, daß sie auch unter den ungünstigsten und schwierigsten Verhältnissen an ihrem angestammten Vaterlande festhalten. Ihr ganzes Dichten und Trachten war dahin gerichtet, das Ministerium Taaffe von der Schädlichkeit seines Strebens zu überzeugen, es wieder auf den Weg zurückzuführen, den es seit Uebernahme der Geschäfte im Jahre 1879 verlassen hat. Die Kraft, welche Oesterreich bisher zusammengehalten hat und in Zukunft zusammenhalten wird, ist die deutsche, das Element, welches die auseinanderstrebenden czechischen, polnischen, slowenischen, italienischen, rumänischen und serbischen Theile zusammenhält, ist das germanische. Das Commando in der österreichisch-ungarischen Armee ist deutsch — damit ist Alles gesagt. Der Reichskriegsminister in Oesterreich-Ungarn ist schließlich der Reichsschulmeister, welcher das Ministerium Taaffe darüber belehren muß, daß eine einheitlich organisirte Armee auch aus Leuten zusammengesetzt sein muß, die ein und dieselbe Sprache verstehen. Das hatte Graf Taaffe bisher nicht begriffen.

Leipzig, 25. März 1886.

* Die Besetzung der Bänke des Reichstags ist diese ganze Session hindurch eine ungewöhnlich dürftige gewesen. Nur ganz wenige besonders wichtige Sitzungen wiesen ein gut besetztes Haus auf, sonst war Beschlußunfähigkeit die Regel, und nur weil Jedermann ein Auge darüber zudrückte, wurden Störungen und Unterbrechungen der Reichstagsarbeiten meistens vermieden. Aber es fanden Sitzungen, darunter gar nicht unwichtige, statt, in denen keine 50 Mitglieder anwesend waren und trotzdem Beschlüsse gefaßt wurden. Es giebt, wie die „Nationalliberale Correspondenz" hervorhebt, Abgeordnete, die in dieser ganzen Session noch nicht in das Haus eingetreten sind, viele andere halten es für genügend, bei ganz wichtigen Abstimmungen zu erscheinen, bleiben aber den gewöhnlichen parlamentarischen Arbeiten dauernd fern. Wir wollen nicht untersuchen, ob die verschiedenen Parteien sich gegenseitig Vorwürfe wegen mangelhaften Pflichteifers zu machen berechtigt sind. Unerfreulich aber ist die Erscheinung auf alle Fälle, und zur Erhöhung des Ansehens des Reichstags kann es gewiß nicht beitragen, wenn es im Lande bekannt wird, daß durchschnittlich vielleicht ein Viertel der Abgeordneten auf seinem Platze ist. Der Grund dieser Erscheinung liegt ohne Zweifel neben der allgemeinen politischen Erschöpfung und Ermattung in der wachsenden Ausdehnung der Sessionen. Die gegenwärtige Session, die im November begonnen, wird sich, wenn die Branntweinsteuervorlage noch eingeht, bis Ende Mai ausdehnen, das ist die größere Hälfte des Jahres. Unstreitig ist das zu lang für eine diätenlose Versammlung von auch anderweitig viel beschäftigten Männern. Wenn es zur Regel wird, daß die Sessionen sieben bis acht Monate im Jahre dauern, so muß die unvermeidliche Folge sein, daß Männer aus dem praktischen Leben Mandate überhaupt nicht mehr annehmen oder sie nur bei ganz seltenen Gelegenheiten ausüben, daß sich nur noch Berufsparlamentarier, Beamte oder Männer mit sehr viel freier Zeit zu Abgeordneten hergeben, und das wäre für eine gesunde Zusammensetzung des Reichstags nicht zuträglich. Zu der dringend nöthigen Abkürzung der Sessionen könnte unseres Erachtens die Reichsregierung viel beitragen, wenn sie bei Ausarbeitung ihrer Vorlagen bessere Fühlung mit dem Reichstag hätte und es mehr vermiede, von vornherein aussichts- und erfolglose Gesetzentwürfe einzubringen; aber auch der Reichstag selbst könnte durch straffere Handhabung der Geschäfte, durch minder schwerfällige Formen, durch größere Enthaltsamkeit von nutzlosen, sich stets wiederholenden Anträgen und Reden Vieles bessern. Ein Mittel, nicht den Besuch des Reichstags zu heben, wohl aber die Beschlußfähigkeit zu sichern und dem Zustande eine Ende zu machen, daß massenhaft Beschlüsse auf rechtlich eigentlich ungiltigem, verfassungswidrigem, nur durch allseitiges Gescherenlassen geduldetem Wege gefaßt werden, wäre die Herabsetzung der Beschlußfähigkeit, wenigstens bei den nicht definitiven Entscheidungen. In England genügt z. B. eine weit geringere Anzahl von Parlamentsmitgliedern zur Beschlußfassung. Indessen der Vorschlag hat auch viel Bedenkliches gegen sich, und wir wollen ihn heute nicht weiter erörtern. Auf den Zustand der permanenten Beschlußunfähigkeit aber mußte einmal hingewiesen werden, um alle Berufenen und Betheiligten zum Nachdenken anzuregen, wie hier Wandel zu schaffen wäre. Das Ansehen des Reichstags leidet darunter. In der gegenwärtigen Session hätte es ein Abgeordneter mit besonders strenger Gesetzesachtung oder mit üblem Willen in der Hand gehabt, die ganze Thätigkeit des Reichstags lahm zu legen.

* Der „Reichsanzeiger" publicirt das Gesetz vom 17. März d. J., betreffend Abänderung des §. 137 des Gerichtsverfassungsgesetzes.

* Der Bischof Kopp ist nach Berlin zurückgekehrt. Es wird erzählt, er sei der Träger von Anweisungen aus Rom, von welchen eine dem Frieden günstige Wirkung zu erhoffen sei.

* Zum 25jährigen Generaljubiläum des Königlich bayerischen Generals der Cavallerie und Generaladjutanten Sr. Majestät des Königs Ludwig II., Graf v. Rechberg und Rothenlöwen, schreibt das preußische „Militair-Wochenblatt": „Still und zurückgezogen dachte der bescheidene Sinn des hohen Jubilars am 2. März cr. das 25jährige Generaljubiläum zu feiern, wie vor sechs Jahren das 50jährige Dienstjubiläum; da überraschte die Allerhöchste Gnade und Fürsorge einen der treuest ergebenen Diener des Königshauses durch ein fast gleichzeitig publicirtes Glückwunschschreiben. Sei es auch hier noch gestattet, des Jubilars zu gedenken, demselben die besten Wünsche hiermit zu entsenden. Wiederum ist es in Bayern eines der ältesten deutschen Adelsgeschlechter, welches der Jubilar in der Armee vertritt. Derselbe ist geboren den 15. Januar 1814 zu München, trat aus der königl. Pagerie am 8. August 1831 als Junker in das 2. Kürassier-Regiment (Prinz Johann von Sachsen), wurde am 24. Januar 1833 Lieutenant im 1. Kürassier-Regiment (Prinz Carl von Bayern), daselbst 15. December 1843 Oberlieutenant, 5. Mai 1844 königl. Kämmerer und am 8. November 1844 zum Flügeladjutanten ernannt. Seitdem, mit kurzen Unterbrechungen über 40 Jahre, bekleidet derselbe die hohen Stellungen des unmittelbarsten Vertrauensdienstes bei drei bayerischen Königen und verband stets mit einer ritterlich militairischen Erscheinung den echten Edelmannssinn eines alten Geschlechts, mit den besten Formen einen biederen, immer rechtlich sich bewährenden Sinn. Den 15. December 1845 zum Rittmeister befördert, wurde er im Mai 1848 ins 4. Chevauxlegers-Regiment rückversetzt, doch im Mai 1850 wieder zum Flügel-Adjutanten ernannt, 30. December 1850 zum Major, im März 1855 zum Oberstlieutenant befördert; im Juni 1857 wieder ins 4. Chevauxlegers-Regiment rückversetzt, quittirte er am 21. Mai 1858 als Oberst à la suite der Cavallerie. Am 2. März 1861 reactivirt, charakterisirt zum Generalmajor und ernannt zum Generaladjutanten Sr. Maj., ist er nun seit 25 Jahren in der Generalscharge und Stellung eines Generaladjutanten. Er wurde am 8. Mai 1865 wirklicher Generalmajor und war vom 13. Juni 1866 bis zum Friedensschluß als Gouverneur von Mainz verwendet. Den 17. August 1866 Generallieutenant, erhielt er 1873 den Titel Excellenz, 1874 das vierzigjährige Dienstaltersdenkzeichen, wurde den 22. August 1876 General der Cavallerie und erhielt den Ludwigsorden für 50jährige Dienstzeit am 30. September 1880. Seit dem 18. Juli 1839 mit Gabriele, geborener Gräfin v. Bray, vermählt, führte er das glücklichste Familienleben, hat Freude an seinen Kindern, sieht in seinem Sohne Ernst und dessen Söhnen auch den Mannesstamm der Familie gesichert. In vielen Missionen und Vertrauenssendungen im Allerhöchsten Dienste verwendet, hatte er Gelegenheit, mit den meisten hervorragenden Persönlichkeiten bekannt zu werden, und sind besonders die Sendungen nach Griechenland, Italien, Oesterreich, Abordnung zum Kaiser Alexander II. von Rußland, dann die Begleitung des Königs Max II. bei seinem Aufenthalt 1857 in Frankreich, sowie zum Fürstencongreß 1862 in Frankfurt am Main interessante Episoden. 1870/71 war derselbe mehrfach nach Frankreich entsendet, beim Truppeneinzug dem deutschen Kronprinzen und beim deutschen Kaiser auf der Durchreise durch Bayern zugetheilt. Bei den Vermählungsfestlichkeiten königlicher Familienglieder (Prinz Leopold mit Prinzessin Gisela) ꝛc. war derselbe in Wien ꝛc. commandirt. Viele Orden höchsten und hohen Grades, wie selbe bei solchen Missionen verliehen werden, wurden ihm zu Theil; so zieren seine Brust 6 Großkreuze, 3 Großcomthurkreuze ꝛc., im Ganzen 14 hohe Orden, nebstdem die Kriegs-